

er und Gäste – Werke von
Bellini, P.M. Dubois, J. Koetsier,
Martinu, Wolfgang Amadeus
iacomo Puccini, Maurice Ravel,
Reutter, Giuseppe Verdi

**rt der Hochschule für Musik
im Theodor-Egel-Saal –
rk Freiburg-Ebnet**

000

de: Henja Semmler, Johannes
l ein Kammerorchester aus
len der Hochschule für Musik
- Werke von Wolfgang Amadeus

**t in der Hochschule für
id Theater Hamburg**

ber 2000

de: Olaf Anders, Katharina
arina Sellschopp, Sandra
d Gäste – Werke von Johann
Bach, Georges Bizet, Johannes
teorg Friedrich Händel, Paul
l, Gioacchino Rossini, Camille
s, Peter I. Tschaikowski

t in der Musikhochschule

ber 2000

de: Nicola Jürgensen, Tilmann
eime Müller, Markus Schlemmer,
Rox und Gast – Werke von
ulenc, Franz Schubert, Igor
z, Anton von Webern

nzerten kamen ca. 2000 Zu-
Zustiftungen und Spenden für
r Pfizer Stiftung und den Verein
er Studienstiftung" wurden
er Konzerte DM 59.183,90
n, wofür wir hier noch einmal
anken.

Thomas Ludwig

**Die Ausschlüsse aus der Studienstiftung 1933.
Recherchen in eigener Sache**

Vorbemerkung

Als Helmut Altner am 7. Oktober 2000 in der Festrede zum 75jäh-
rigen Jubiläum der Studienstiftung die Aufmerksamkeit auf die Er-
eignisse im Jahr 1933 lenkte und der zahlreichen damals aus politi-
schen und rassenideologischen Motiven ausgeschlossenen Mitglieder
gedachte, da war dies nicht das erste Mal, daß Jubiläumsfeierlich-
keiten den Anlaß lieferten, auch dieses Kapitel der Studienstiftungs-
geschichte öffentlich zu thematisieren.

Bereits auf der Festveranstaltung zum 50jährigen Jubiläum der Stu-
dienstiftung 1975 in Würzburg sprach Theodor Pfizer diese Vorgän-
ge an:

Die Krisenjahre zogen herauf, ...und bald nach dem 30. Januar 1933 lag
auch die Studienstiftung in tiefem Schatten: Personelle Veränderungen,
biologische und rassistische Bekenntnisse, ‚einwandfreies Erbgut‘, wurden
gefordert; Wehrtüchtigung, Ordensburgen tauchten am Horizont auf.
42 Stipendiaten wurden als Juden oder Marxisten ausgeschieden. Wie
weit man sich gegen solche Eingriffe hätte wehren können oder dürfen
– wer kann es heute entscheiden?¹

Als Zeitzeuge, der bis zum März 1933 an exponierter Stelle für das
Studentenwerk tätig war, erinnerte Heinrich G. Merkel 1981 in ei-
nem Referat auf der Feier des 60. Gründungstags des Deutschen Stu-
dentenwerks die Ereignisse von 1933:

Im Juli 1933 trat ein Ausschuß von 5 Personen zusammen zur ‚Reini-
gung‘ der Studienstiftung. Damals wurden zunächst ausgeschlossen: 25
‚Nichtarier‘ und 17 ‚politisch Verdächtige‘.²

Neu hingegen war im Jahr 2000, daß sich die Studienstiftung nun
nicht mehr darauf zurückzog, damals hilflos dem Gang der Ereignisse
ausgeliefert gewesen zu sein, oder sich auf die lakonische Feststellung
des Sachverhalts beschränkte. Erstmals verurteilte und bedauerte die

Studienstiftung die ideologisch begründeten Ausschlüsse und konnte auf eigenes Engagement verweisen, die Vorgänge aufzuklären.

Ausschlaggebend dafür waren die Untersuchungen von Rolf-Ulrich Kunze. Seine 1998 an der Universität Mainz entstandene Habilitationsschrift zur Geschichte der Studienstiftung widmet sich auch dem Komplex „Studienstiftung in der ‚Machtergreifung‘“. ³ Kunze bezifferte die Zahl der Ausschlüsse aus der Studienstiftung zunächst mit etwa 200; über 20% ihrer Mitglieder und Vorsemester wären demnach von der nationalsozialistischen „Säuberung“ betroffen gewesen. Eine im Januar 2000 von Kunze ausgearbeitete Kurzfassung der Untersuchung ⁴ konfrontierte die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle mit den Ergebnissen seiner Forschungen und weckte hier das Bedürfnis, sich mit dem Bemühen um weitere Aufklärung der moralischen Verpflichtung gegenüber den Ausgeschlossenen zu stellen.

Über dieses Bemühen soll hier Rechenschaft abgelegt werden. ⁵

Studienstiftung und Deutsches Studentenwerk

Für eine adäquate Beurteilung der Ereignisse und für das Verständnis der Überlieferungslage sind einige Bemerkungen zu Organisation und Struktur der Studienstiftung nötig.

Die Studienstiftung war eine Abteilung des Deutschen Studentenwerks (DSW). Das Studentenwerk selbst war 1929 hervorgegangen aus der 1921 gegründeten „Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft e.V.“, der Dachorganisation der studentischen „Wirtschaftskörper“ an den Universitäten und Hochschulen. Damit trennten sich 1929 die aus der sozialemanzipatorischen Bewegung hervorgegangenen Einrichtungen der studentischen Wirtschaftsarbeit von der Deutschen Studentenschaft (DSt), die traditionell von den studentischen Korporationen dominiert war. Die DSt blieb im Vorstand des Studentenwerks, wenn auch nur schwach, vertreten. Das verhinderte aber nicht ein Konkurrenzverhältnis der beiden Organisationen, das sich im Frühjahr 1933 als folgenschwer erweisen sollte.

Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftshilfe bzw. des DSW war Reinhold Schairer. Ihm standen für die verschiedenen Kernbereiche der Arbeit Geschäftsführer zur Seite, das waren zuletzt Hans Sikorski und

Heinrich G. Merkel. Die „Studienstiftung des Deutschen Volkes“ unterstand Schairer direkt. Die jeweiligen Leiter der Abteilung Studienstiftung waren den Geschäftsführern so zwar im wesentlichen gleichgestellt, doch bedingt durch die häufigen personellen Wechsel in diesem Amt konnten sie sich innerhalb des DSW nur wenig profilieren. ⁶ Im Juli 1932 hatte Dr. Heinrich Brügelmann die Leitung der Studienstiftung übernommen. Er war zuvor bereits als Vorprüfer im Raum Düsseldorf für die Studienstiftung tätig gewesen.

Mag es also zunächst als seltsam erscheinen, daß in der Geschäftsstelle der Studienstiftung bisher nur wenig über die eigene Geschichte vor 1948 bekannt war, so wird aus der eben beschriebenen Struktur zumindest ein Grund dafür deutlich:

Die Studienstiftung selbst verfügt, abgesehen von einigen zufälligen Überlieferungssplintern, über keinerlei Unterlagen aus den Jahren 1925-1934. Diese sind vielmehr, soweit überhaupt noch vorhanden, innerhalb der Bestände des DSW überliefert. Die Akten des DSW wiederum gelangten mit dem Archiv seiner nationalsozialistischen Nachfolge-Organisation in das 1939 eingerichtete „Institut für Hochschulkunde der Deutschen Studentenschaft“ in Würzburg. Ein Teil dieser Unterlagen wurde später an das Bundesarchiv Koblenz abgegeben, ein anderer ist heute Teil des Bestands „Reichsstudentenführung“ im Staatsarchiv Würzburg.

Die „Gleichschaltung“ des Studentenwerks

Den Ausschlüssen vorangegangen waren personelle und strukturelle Veränderungen im Deutschen Studentenwerk seit Jahresbeginn 1933, die besonders im Hinblick auf ihre Folgen für die Studienstiftung kurz erläutert werden müssen.

Ab Januar 1933 gehörten der nationalsozialistische „Führer der deutschen Studentenschaft“, Gerhard Krüger, als gewählter studentischer Vertreter sowie sein Leiter des Hauptamtes für Wirtschaftsfragen, Karl Blume, als Beirat dem Vorstand des DSW an. Dessen letzte reguläre Sitzung unter dem Vorsitz des Bonner Theologen Fritz Tillmann fand am 10. Februar in Berlin statt. Tillmann übergab sein Amt dabei an den Dresdner Ordinarius für Maschinenkunde Enno

Heidebroek, der in diesem Amt federführend an der nationalsozialistischen Umgestaltung der studentischen Selbsthilfeeinrichtungen beteiligt war.

Krüger unternahm es nun, die Aufmerksamkeit der politischen Machthaber auf das DSW zu lenken. Anfang April richtete er eine Denkschrift an den Reichsminister des Innern Wilhelm Frick, in der er das Geschäftsgebaren der amtierenden DSW-Leitung scharf kritisierte und die seit längerem von ihm in der Öffentlichkeit erhobenen Unterschlagungsvorwürfe wiederholte. Am Beispiel der Studienstiftung illustrierte Krüger dann, „wohin die Arbeit des DSW führt“: 50% ihrer Mitglieder in Berlin seien Juden oder Marxisten.

Nachdem Krüger mit diesen Schilderungen klar dargelegt hatte, warum aus nationalsozialistischer Sicht unbedingter Handlungsbedarf bestehe, erbat er für sich die Vollmacht zu einer grundlegenden Revision und Überprüfung der Geschäftsstellen des DSW, insbesondere der Zentrale in Dresden, die ja zugleich Sitz der Studienstiftung war.⁷

Am 11. April 1933 besetzte ein SA-Sturm der TU Dresden das Haus der DSW-Geschäftsführung in der Kaitzerstraße. Bis zum 13. April fand im Haus eine Revision durch Krüger und zwei weitere Funktionäre der DSt statt, insgesamt zog sich die Überprüfung bis Ende April hin. Offenbar ergaben sich dadurch aber keine Anhaltspunkte, die die Betrugsvorwürfe Krügers bestätigt hätten, denn die Geschäftsführer des DSW sind Anfang 1934 ehrenvoll und mit dem „Dank des Reiches“ aus ihrem Amt verabschiedet worden, nachdem sie bis dahin „beurlaubt“ gewesen waren.⁸

Damit wäre dem im Januar gewählten Vorstand des DSW die Aufgabe zugefallen, die Geschäftsführung neu zu besetzen. Doch man hatte im Innenministerium offenbar kein Vertrauen in dieses Gremium, trotz der Beteiligung von Krüger und Heidebroek. Auf Veranlassung des Ministers wurde daher ein kommissarischer Vorstand gebildet, dem neben Heidebroek als Vorsitzendem nur die NSDAP-Mitglieder des gewählten Vorstands angehörten: Professor Dr. Johann Daniel Achelis, Ministerialrat im Preußischen Kultusministerium,⁹ sowie die bereits erwähnten Gerhard Krüger und Karl Blume. Die-

ser kommissarische Vorstand setzte Dr. Hanns Streit als neuen Hauptgeschäftsführer ein und stellte ihm als Mitarbeiter zwei führende Funktionäre der DSt zur Seite, die NSDAP-Mitglieder Kurt Ellersiek und Reinhold Schulze.¹⁰ Streit selbst war seit 1929 als Nachfolger von Dr. Robert Tillmanns Geschäftsführer der Abteilung „Wirtschaftskörper“ des DSW gewesen, wechselte aber im November 1932 auf eigenen Wunsch nach Berlin zum Deutschen Städtetag. Streit war, wie sein Kollege Sikorski, spätestens seit 1931 Mitglied der NSDAP, ohne daß seine Mitarbeiter beim DSW etwas davon wußten. Doch anders als Sikorski, der mit Schairer und Merkel im Mai 1933 seine Stellung beim DSW aufgeben mußte, blieb Streit durch sein Ausscheiden 1932 unbelastet von dem Vorgehen gegen die Geschäftsführung des DSW im Frühjahr 1933 und den in Zusammenhang damit gestreuten Gerüchten über Betrug und Unterschlagung. Offenbar, so zumindest die Einschätzung Merkels, der auch noch die Berufung Streits zum neuen Hauptgeschäftsführer des DSW miterlebte, hatte Streit in enger Abstimmung mit Krüger gehandelt.¹¹

Bis zum April 1933 war das Deutsche Studentenwerk also „gleichgeschaltet“, die entscheidenden Ämter waren mit Nationalsozialisten besetzt worden. Dass der Leiter der Studienstiftung, Brügelmann, im Amt blieb, hatte sicher zweierlei Ursachen: Zum einen waren mit dieser Position keine besonderen Kompetenzen verbunden, über die zukünftige Ausrichtung der Begabtenförderung und den Weg der Studienstiftung innerhalb der nationalsozialistischen Hochschulpolitik mit zu entscheiden. Zum anderen gab es offenbar keinen Anlass, an seiner Loyalität gegenüber den neuen Machthabern zu zweifeln.¹²

Parallel dazu hatte aber das Innenministerium auch auf die anderen Denunziationen Krügers reagiert. Am 4. April 1933 erging folgendes Schreiben vom Reichsminister des Innern, Wilhelm Frick, an das DSW in Dresden:

Ich halte es für nicht vereinbar mit der Aufgabe des Deutschen Studentenwerks e.V., daß aus seinen, im wesentlichen vom Reiche stammenden Mitteln Studierende unterstützt werden, die sich kommunistisch betätigen und somit außerhalb der deutschen Volksgemeinschaft stehen. Ich ersuche in geeigneter Weise dafür Sorge zu tragen, daß solche

Studierende vom Genuß von Studienvergünstigungen, insbesondere von der Aufnahme in die Studienstiftung des Deutschen Volkes ausgeschlossen bleiben.¹³

Noch ein Jahr zuvor hatte die Studienstiftung im Auftrag ihres Kleinen Arbeitsausschusses auf eine entsprechende Anfrage des Rektors der TH München verkündet,

...daß die Studienstiftung des Deutschen Volkes, ebenso wie die anderen Einrichtungen des Deutschen Studentenwerks sich völlig freihalten von jeder Wertung der politischen oder konfessionellen Einstellung der zu betreuenden Studierenden. Solange ein Studierender für würdig befunden wird, im Rahmen der Hochschule als akademischer Bürger zu studieren, liegt für uns keine Veranlassung vor, gegen ihn einzuschreiten.¹⁴

Nun gab das DSW den Wortlaut von Fricks Schreiben umgehend an alle seine Einrichtungen weiter und fügte hinzu:

Wir erwarten, daß alle Zweigstellen diese Regelung strengstens beachten, die von uns selbst schon seit einiger Zeit angewendet wird.¹⁵

Zusammen mit dem Reichsgesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 („Arierparagraph“) war damit der Rahmen für die künftige Arbeit des DSW und der Studienstiftung verbindlich vorgegeben. „Nichtarische“ Studierende und diejenigen, die im Verdacht standen, sich „marxistisch oder staatsfeindlich zu betätigen“, sollten von jeglicher Art der Unterstützung ausgeschlossen werden. Als letzte Amtshandlung traf die alte Geschäftsführung unter Schairer noch Bestimmungen zur Umsetzung der politischen Vorgaben: Die Entscheidung darüber, wer zu suspendieren sei, wurde den Wirtschaftskörpern der einzelnen Hochschulen übertragen. Im Falle der Studienstiftung sollte diese Prüfung durch eine Kommission aus einem Dozenten, der Vertrauensdozent der Studienstiftung sein konnte, Vertretern des Wirtschaftskörpers und der DSt vorgenommen werden. Die endgültige Entscheidung lag dann bei der Zentrale in Dresden.¹⁶

Mit Beschlüssen des kommissarischen Vorstands des DSW, der am 17. Juni 1933 in Dresden getagt hatte, wurden diese Vorgaben der alten Geschäftsführung verschärft und konkretisiert. Als gravierendste Veränderung erwies sich die Bestimmung, mit der die Gewährung

von Stipendien und Vergünstigungen an die Mitgliedschaft in der DSt gekoppelt wurde, für die der „Arierparagraph“ galt. Von nun an konnten nur noch Mitglieder der DSt der Studienstiftung angehören, was der Organisation des Nationalsozialisten Krüger eine weitgehende Kontrolle über den Mitgliederbestand der Studienstiftung ermöglichte. Zugleich wurde über die Kompetenzen und die Zusammensetzung der „Zentralen Kommission“ entschieden, die die von den einzelnen Hochschulen gemeldeten Suspendierungen endgültig entscheiden sollte. Neben dem Ausschluss aus der Studienstiftung konnten demnach auch „andere Maßnahmen...“, die der Kommission angemessen erscheinen“ verordnet werden, was sich insbesondere auf eine „Bewährung“ im Arbeitsdienst, der SA oder der SS bezog. Die Kommission sollte aus nur drei stimmberechtigten Mitgliedern bestehen: einem Dozenten, dem „Führer der Deutschen Studentenschaft“ (Gerhard Krüger) und dem neuen Hauptgeschäftsführer des DSW (Hanns Streit). Lediglich mit beratender Stimme sollten der bisherige Kleine Arbeitsausschuß der Studienstiftung und die Geschäftsführung der Studienstiftung mit je einem Vertreter der Kommission angehören.¹⁷

In der Interpretation der DSt hatte man damit den Sieg über das DSW errungen. Zwei Tage nach der Vorstandssitzung, am 19. Juni, zogen Krüger und Blume ein vorläufiges Fazit:

Die oben geschilderte Umstellung [gemeint ist der Austausch in der Geschäftsführung des DSW] beendet einen alten Kampf, den die Deutsche Studentenschaft gegen das Deutsche Studentenwerk um die Einflußnahme auf die Gestaltung der Wirtschaftsarbeit geführt hat. Die Deutsche Studentenschaft hat jetzt den entscheidenden Einfluß auf die zukünftige Gestaltung der studentischen Wirtschaftsarbeit, wie sie ja auch schon seit der nationalen Revolution in starkem Maße die Dinge vorwärts getrieben hat und auf ihre Veranlassung hin die gesamte Umstellung erfolgt ist.

Eine wichtige Aufgabe blieb aber noch: der Umbau der Studienstiftung. Die örtlichen Vertreter der DSt wurden aufgefordert, die Arbeit der Suspensionskommissionen an den Hochschulen zu beschleunigen und alle Mitglieder der Studienstiftung zu melden, die nicht zugleich Mitglied der DSt sind.¹⁸

Parallel dazu setzten seitens der DSt Bemühungen ein, die Auswahl- und Betreuungsstrukturen der Studienstiftung zu kontrollieren. Alle Vertrauensdozenten, Vorprüfer und Gegenprüfer waren aufgefordert worden, ihr Amt zur Verfügung zu stellen. Die Führung der Deutschen Studentenschaft suchte nun über die örtlichen Studentenschaften nach geeigneten Personen, die diese Aufgaben übernehmen konnten. Einzige Bedingung:

Sie müssen möglichst nationalsozialistisch sein, da sie die von uns zu erlassenden Richtlinien für eine nationalsozialistische Auslese durchführen sollen.¹⁹

Die Ausschlüsse aus der Studienstiftung

Inzwischen galten rund zwei Drittel aller Mitglieder der Studienstiftung als „überprüft“ durch die örtlichen Kommissionen. Am 4. Juli 1933 trat daher die zentrale Kommission zusammen. Als Dozent nahm PD Dr. Georg Dahm²⁰ aus Kiel teil, als Vertreter Krügers Karl Blume und Reinhold Schulze als Vertreter Streits. Beratend waren der Kasseler Oberstudiendirektor Wolfgang Paeckelmann, einer der maßgeblichen Initiatoren für die Gründung der Studienstiftung 1924/25 und ihr erster Leiter, sowie seitens der Geschäftsführung der Studienstiftung vermutlich Brügelmann anwesend.

Der Kommission lagen 65 Fälle vor. 17 Mitglieder wurden aus politischen Gründen ausgeschlossen, 25 wegen „nichtarischer Abstammung“. In 20 Fällen wurde eine Entscheidung vertagt bis zur nächsten, für Anfang August geplanten Sitzung der zentralen Kommission. Drei Mitglieder wurden mit „besonderen Auflagen“ in der Studienstiftung belassen.

Über diese Ergebnisse der Sitzung vom 4. Juli orientiert ein Schreiben der Kommission an den Kommissarischen Vorstand.²¹ Eine verschiedentlich erwähnte Liste mit den Namen der Ausgeschlossenen hat sich bisher in den Archiven nicht finden lassen. Hinweise auf die Betroffenen geben lediglich zufällig erhaltene Teile des Schriftwechsels mit den örtlichen Suspensionskommissionen oder Vertretern der Studentenschaft.

Als sicher muß demnach der Ausschluß der Göttinger Studienstiftler Fritz John, Gerhard Wagner und Peter Süßkand gelten.²² Sehr wahrscheinlich ist der Ausschluß von Walter Immervoll, Ilse Schmidt, Martin Schreiber und Jeanne Simmel-Adler (alle Breslau),²³ Werner Bürck (München)²⁴ und Kurt Gerhardt (Greifswald).²⁵ Zwei der „Zurückgestellten“ waren vermutlich Josef Sikora und Josef Werth. Bereits im März bzw. Juni 1933 denunziert, schloß sie der Kleine Ausschluß der Studienstiftung erst im Oktober 1933 aus politischen Gründen aus.²⁶

Direkt im Anschluß an ihre erste Sitzung am 4. Juli beschäftigte sich die zentrale Kommission mit grundsätzlichen Fragen, mit der Entwicklung und Formulierung von neuen Auswahlkriterien. Die daraus hervorgegangenen Empfehlungen an den Kommissarischen Vorstand des DSW zeichneten den weiteren Weg der Studienstiftung vor und waren Grundlage der Beratungen für die große Auslese-Tagung des DSW am 19./20. August 1933 in Dessau,²⁷ an die sich dann die zweite Sitzung der zentralen Kommission am 22. August anschließen sollte. Diese Empfehlungen wurden die Grundlage aller späteren Bestimmungen über die Auswahl und Förderung von Studierenden und verdienen es daher, hier im Wortlaut wiedergegeben zu werden:

Durch ihre Arbeit stieß die Kommission auf Gesichtspunkte, die grundsätzlichen Charakter haben und auf die sie die Aufmerksamkeit des Kommissarischen Vorstandes zu lenken wünscht. Es handelt sich dabei vor allem um die folgenden Gesichtspunkte:

1. Allgemein:

- a) Für die Auslese ist der Begriff der Staatsfeindlichkeit auf den der Staatsfremdheit auszudehnen, das heißt, daß nicht nur marxistische, sondern auch reaktionäre und liberalistische Grundhaltung und Betätigung in Zukunft einen Studenten als ungeeignet erscheinen lassen, ihn aus öffentlichen Mitteln zu fördern.
- b) Die Auslese soll vom Bild des politischen und soldatischen Menschen ausgehen. Diese Forderung gilt grundsätzlich für alle Studenten, jedoch verstärkt für National-Ökonomen und Juristen, für Philologen und Theologen, für Historiker und Philosophen.
- c) Deshalb muß eine Voraussetzung für die Förderung die vollzogene

Teilnahme am Wehrsport und an Arbeitslagern sein.

- d) Die Förderung von Frauen wird in Zukunft nur noch im Rahmen der vom nationalsozialistischen Staat beabsichtigten Einordnung der Frau in das öffentliche Leben vertretbar sein.

2. Für die Studienstiftung:

- a) Die vom Kommissarischen Vorstand bereits genehmigte Durchsichtung des gegenwärtigen Bestandes der Studienstiftung unter den Gesichtspunkten der charakterlichen Bewährung und der wissenschaftlichen und beruflichen Eignung, sollte dahingehend erweitert werden, dass die unter 1) genannten Maßstäbe möglichst rasch auch auf den übernommenen Bestand der Studienstiftung Anwendung finden.
- b) Das unter 2a) Gesagte gilt auch für die Altmitglieder der Studienstiftung, denen die Bezeichnung „Altmitglied“ zu entziehen wäre, soweit sie nicht den Forderungen unter 1 a - c gerecht werden.
- c) die Belassung solcher nichtarischer Studenten in der Studienstiftung, deren Väter im Felde gefallen sind, sollte dahingehend geändert werden, daß der Begriff „laufende Unterstützung“ nur noch auf das Sommersemester 1933 angewandt wird.²⁸

In einem separaten Rundschreiben informierte die Studienstiftung alle Mitglieder und Vorsemester über die Ergebnisse der Tagung und forderte ein schriftliches Bekenntnis zur nationalsozialistischen Umgestaltung ein:

Es würde nicht dem Sinn der Neugestaltung unseres Volkslebens entsprechen, wenn die Beteiligung am Wehrsport und Arbeitsdienst nur auf äußeren Zwang hin erfolgte. Es ist unerlässlich, die innere Bereitschaft hierzu mitzubringen oder zu gewinnen. Zweifellos wird sich hierzu jeder als Deutscher und besonders als Student seine eigenen Gedanken machen. Ihnen als Stipendiat des deutschen Volkes stellen wir hiermit die Aufgabe, diese Gedanken schriftlich niederzulegen und sich dabei der Aufgabe bewußt zu werden, die Ihnen im neuen Deutschland vorerst als Student und Mitglied der Studienstiftung des Deutschen Volkes, hernach im Beruf zufällt. Es liegt uns daran, daß Sie diese Gedankengänge unverzüglich niederschreiben und uns als Antwort auf den angeregten Fragenkomplex bis Dienstag, den 18. Juli mit dem Vermerk „Juli-Bericht“ zugehen lassen.²⁹

Diese Juli-Berichte sollten vor allem bei der Auswahl Sitzung im Oktober 1933 eine wichtige Rolle spielen bei der Entscheidung über

die Aufnahme der Vorsemester als Mitglieder.

Am 22. August 1933 trat die zentrale Kommission in gleicher oder ähnlicher Zusammensetzung wie am 4. Juli in Dessau zusammen, um im Anschluß an die dortige „Auslese-Tagung“ des DSW über das Schicksal 35 weiterer Studienstiftler und Studienstiftlerinnen zu entscheiden, die als „Nichtarier“ oder wegen des Verdachts „staatsfeindlicher Gesinnung“ von den örtlichen Studentenschaften denunziert worden waren.

Ein kurzes Protokoll informiert über das Ergebnis der Sitzung.³⁰

Aus politischen Gründen wurden ausgeschlossen:

Bugsek, Adolf, Heidelberg	Lienen, Richard, Genf
Dabelstein, Heinrich, Kiel	Lörcher, Ernst, Frankfurt
Fuchs, Claus, Kiel	Patzke, Werner, Göttingen
Finsterbusch, Kurt, Freiburg	Rathmann, August, (beurlaubt)
Häfner Kurt, Kiel	Rothstein, Elisabeth, Berlin
Kaden, Paul, Dresden	Schwarz, Wilhelm, Heidelberg
Krugel, Helmut, Berlin	Steinrath, Franz, Frankfurt
Kurz, Eugen, Frankfurt	Schimkus, Berta, Königsberg

Vertagt wurde die Entscheidung bei:

Brendgens-Hoffmann, Lis, Köln	Röhrig, Hugo, Köln
Burkheiser, Karl, Kiel	Vorberg, Herbert, München
Cremer, Karl, Düsseldorf	Wilms, Bernhard, Jena ³¹

Ausgeschlossen wegen nichtarischer Abstammung wurden:

Busch, Anna-Lisa, Berlin	Weigel, Fortunatus, Heidelberg
Ebler, Gertrud, (beurlaubt)	Wolf, Gerhard Dr., Bonn
Maass, Hans, Hamburg	Zander, Ernst, Königsberg
Toeplitz, Heinz ³² , Leipzig	

Zurückgestellt wurde die Entscheidung bei:

Rust, Alexander, Freiburg
Rust, Wilhelmine, Freiburg

Insgesamt wurden weitere 23 Mitglieder aus der Studienstiftung ausgeschlossen. Man muß davon ausgehen, daß auch alle Zurückstellungen schließlich mit einem Ausschluß endeten, denn keiner der Namen findet sich in den, allerdings partiell unvollständigen, Mitgliederlisten der Vorkriegszeit.

Die zentrale Kommission stellte damit ihre Tätigkeit ein. Die Behandlung aller bisher noch nicht entschiedenen Fälle wurde vertagt bis zur Herbstauswahlsitzung der Studienstiftung, um zusammen mit den regulären Anträgen der Neubewerber und Vorsemester entschieden zu werden.

Allerdings existierte der große Arbeitsausschuß der Studienstiftung, der diese Auswahlsitzungen bisher bestritten hatte, zu diesem Zeitpunkt bereits nicht mehr. Die Aufgabe fiel daher dem „Kleinen Ausschuß“ zu, dem neben Heidebroek, Dahm und Streit mit Brügelmann, Dr. Otto Reise³³ und Dr. Käte Grunewald³⁴ drei Mitarbeiter der Studienstiftung sowie einige Vertreter der DSt angehörten. Über die Sitzung dieses Ausschusses am 9. und 10. Oktober 1933 hat sich ein Wortprotokoll erhalten.³⁵ Die Einschätzung des „Juli-Berichts“ war häufig entscheidend dafür, ob ein Vorsemester als Mitglied in die Studienstiftung aufgenommen wurde. Nicht in allen Fällen jedoch lassen sich die Gründe für die Ablehnung bzw. den Ausschluß klar erkennen.

Eindeutig politisch motiviert war die Entscheidung bei:

Bobzien, Friedrich	Schäfer, Hermann
Böhl, Karl	Sikora, Josef
Gahl, Ernst	Thamm, Otto
Kästner, Alfred	Tilch, Karl
Kerridge, Siegfried	Werth, Josef
Lengl, Georg	

Hinzu kommt Rudolf Schneider, der ähnlich wie Bernhard Wilms auf eigenen Wunsch aus der Studienstiftung ausschied und dafür politische Gründe angab. Heinz Nyszkiewicz wurde sein „jüdisches Aussehen“, das von der Kommission lange erörtert wurde, zum Verhängnis. Wegen unterstellter nichtarischer Abstammung wurde er aus der Studienstiftung ausgeschlossen.

Zurückgestellt bis zur Bewährung in Arbeitsdienst, SA o.ä. wurde die Entscheidung bei

Klose, Alfred	Pfeil, Emanuel
Lorenz, Gerhard	Weider, Margarete

Auch hier muß man davon ausgehen, dass die Zurückstellung schließlich den Ausschluß bedeutete.

Mit dieser Auswahlsitzung erreichte die nationalsozialistische „Säuberung“ der Studienstiftung einen gewissen Abschluß. Zugleich wurden erstmals nationalsozialistische Auswahlkriterien auf die neuen Bewerber angewandt, unter aktiver Beteiligung der leitenden Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Studienstiftung. Man muß davon ausgehen, daß bis zum Oktober 1933 knapp 100 Personen (ca. 11% aller Mitglieder und Vorsemester) aus politischen und rassenideologischen Motiven aus der Studienstiftung ausgeschlossen worden sind. Für die Auswahlrunde im Frühjahr 1934 verhinderten die neuen „Auslese-Kriterien“ bereits im Vorfeld eine Aufnahme in die Studienstiftung.³⁶ Dennoch kam es auch später noch zu ähnlich motivierten Ausschlüssen, wie etwa die im Jahresbericht von 1990 dokumentierten Fälle von Otto Sickert und Karl Wenner zeigen.³⁷

Die Dresdener Geschäftsstelle der Studienstiftung war gewiß nicht die treibende Kraft der nationalsozialistischen „Säuberung“, doch hat sie diese mitgetragen und nach außen vertreten. Nur allzu oft befanden sich die einzelnen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen dabei in einem persönlichen Dilemma, dass ein Urteil über „Schuld“ und persönliche Verstrickung aus der Rückschau im allgemeinen verbietet. Viktor von Weizsäcker, langjähriger Mitarbeiter in den verschiedenen Auswahlgremien der Studienstiftung bis 1934, schildert dieses Dilemma aus eigenem Erleben:

Als die Nationalsozialistische Partei gesiegt hatte, kamen zwei Mitglieder der nationalsozialistischen Studentenföhrung in das Gremium, welches die letzten Entscheidungen traf. Jetzt stieß man auch solche aus, die bereits im Genuß der Stiftung waren und sich nach meiner Ansicht bewährt hatten. ... Ich merkte nach der ersten Sitzung neuen Stils, daß ich mehrere von den mir anvertrauten Stipendiaten, an denen mir viel lag, nicht halten konnte. Soll man in solcher Lage mit Protest abgehen und anderen überlassen, Unsinn zu treiben, oder soll man bleiben, um Schlimmeres zu verhüten? Das ist der ewige Zwiespalt des in der Opposition stehenden Mitarbeiters. Begreift man denn nicht, daß es Lagen gibt, in denen man, so oder so, das Richtige nicht tun kann? Ich blieb noch ein halbes Jahr und ließ mich dann ohne Protest und ohne Bedauern ausschalten.³⁸

Heinrich Brügelmann schied als Leiter der Studienstiftung im September 1934 aus, kurz bevor die Studienstiftung im Frühjahr 1935

als „Reichsförderung“ in das neugeschaffene „Reichsstudentenwerk“ mit Sitz in Berlin eingegliedert wurde.³⁹

- ¹ Theodor Pfizer, Die Studienstiftung 1925-1975, in: Studienstiftung des deutschen Volkes, Jahresbericht 1975, S. 25-40, S. 29.
- ² Heinrich G. Merkel, Zur Geschichte der studentischen Selbsthilfe-Einrichtungen 1919 bis März 1933, in: Deutsches Studentenwerk, Jahresbericht 1981, S. 21-32, S. 27. Als Leiter der Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft bzw. später des Referats Finanzen, Personalien und Organisation des Deutschen Studentenwerks war Merkel einer der „Gründungsväter“ der Studienstiftung, ohne unmittelbar mit ihrer Arbeit verbunden gewesen zu sein. Seine Darstellung stützte sich offenbar auf ein Rundschreiben der Studienstiftung vom 11. Juli 1933, das sich in seinem Nachlaß erhalten hat (BArch Koblenz, NL 335/5) und den Sachverhalt mit ähnlichen Worten wiedergibt: „Die Zugehörigkeit zur Studienstiftung wurde beendet wegen nichtarischer Abstammung in 25 Fällen, aus politischen Gründen in 17 Fällen.“
- ³ Rolf-Ulrich Kunze, Die Studienstiftung des deutschen Volkes, 1925 bis heute. Eine Studie zur Geschichte der ‚Hochbegabten‘-Förderung in Deutschland. Berlin (Akademie-Verlag) 2001.
- ⁴ Herausgegeben von der Studienstiftung in leicht überarbeiteter Form aus Anlaß des Jubiläums im Oktober 2000: Rolf-Ulrich Kunze, 75 Jahre Studienstiftung des deutschen Volkes: Zeit- und wissenschaftsgeschichtliche Perspektiven zu einem deutschen Sonderweg der ‚Hochbegabten‘-Förderung, Bonn 2000.
- ⁵ Das folgende versteht sich daher eher als Werkstattbericht denn als Beitrag zur wissenschaftlichen Diskussion. Wichtigstes Anliegen der Recherche war es, die Namen der betroffenen Personen zu ermitteln, die, eine mehr oder weniger bewußt praktizierte Form der *damnatio memoriae*, aus allen regulär bei der Studienstiftung geführten Unterlagen getilgt worden waren.
- ⁶ Vgl. die Erinnerungen Merkels, in: BArch Koblenz, NL 335/7: Heinrich Merkel an Heinz Haerten, Juli 1974.
- ⁷ Staatsarchiv (StA) Würzburg, RSF I 60 p 357/3: Der Führer der Deutschen Studentenschaft an den Reichsminister des Innern, 4. April 1933.

- ⁸ Vgl. die Erinnerungen Merkels, in: Bundesarchiv (BArch) Koblenz, NL 335/7: Heinrich Merkel an Heinz Haerten, Juli 1974. Dazu: StA Würzburg, RSF I 60 p 357/3: Rundschreiben A 57 der DSt an die Führer der Studentenschaften und die Hauptamtsleiter für Wirtschaftsfragen, 19. Juni 1933.
- ⁹ Geb. 1898, bis September 1934 im Preußischen Kultusministerium, Professor der Physiologie in Heidelberg.
- ¹⁰ StA Würzburg, RSF I 60 p 357/3: Rundschreiben A 57 der DSt an die Führer der Studentenschaften und die Hauptamtsleiter für Wirtschaftsfragen, 19. Juni 1933.
- ¹¹ Vgl. die Erinnerungen Merkels, in: Bundesarchiv (BArch) Koblenz, NL 335/7: Heinrich Merkel an Heinz Haerten, Juli 1974.
- ¹² Brügelmann empfahl sich im Mai 1933 für weitere Aufgaben mit einer Denkschrift über die Zukunft der Studienstiftung. Das Problem der „Säuberung“ der Studienstiftung berührte Brügelmann dabei nur insofern, als er diese für seine Ausführungen zu „Auslese“, „Förderung“ und „Organisation“ als gegeben voraussetzte. (Vgl. BArch Koblenz, R 149, Nr. 41: Gedanken über die Zukunft der Studienstiftung des Deutschen Volkes, 22. Mai 1933.)
- ¹³ BArch Koblenz, R 149, Nr. 24: Der Reichsminister des Innern, Nr. III 3434/14.3.
- ¹⁴ BArch Koblenz, R 149, Nr. 67: Studienstiftung an den Rektor der TH München, 2. April 1932.
- ¹⁵ StA Würzburg, RSF I 63 p 439: Rundschreiben des DSW an die Zweigstellen der Darlehnskasse des DSW Nr. 261, 8. April 1933.
- ¹⁶ StA Würzburg, RSF I 63 p 439: Rundschreiben des DSW an die Wirtschaftskörper Nr. 167 vom 2. Mai 1933. Zugleich Rundschreiben Nr. 262 an die Zweigstellen der Darlehnskasse des DSW. Zur Klärung der Frage, wer als „nichtarisch“ zu gelten habe, verwies die alte Geschäftsführung auf die weniger strengen Ausführungsbestimmungen des Reichsgesetzes gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen vom 25. April 1933. Außerdem bat sie um mildere Beurteilung in Fällen besonderer Härte.
- ¹⁷ StA Würzburg, RSF I 60 p 357/3: Sitzung des kommissarischen Vorstands am 17. Juni 1933.
- ¹⁸ Ebd.: Rundschreiben A 57 der DSt an die Führer der Studentenschaften und die Hauptamtsleiter für Wirtschaftsfragen, 19. Juni 1933. Interessanterweise wird als Anlaufstelle für diese Denunziationen die

Leitung der Studienstiftung selbst genannt, nachdem noch im Mai, als Krüger und Blume über ihre Wirtschaftsamtsleiter Kurzcharakteristiken aller Studienstiftler angefordert hatten, um diskretes Vorgehen und strenge Geheimhaltung gebeten worden war. (Vgl. ebd.: Rundschreiben an diess., 24. Mai 1933.)

- ¹⁹Ebd.: Rundschreiben von Karl Blume an alle Kreisleiter der DSt, 24. Juli 1933. Die faktische Entlassung aller ehrenamtlichen Mitarbeiter der Studienstiftung durch ein Rundschreiben von Heidebroek erfolgte bereits im Mai 1933, vgl. die Denkschrift Brügelmanns, BArch Koblenz R 149, Nr. 41: Gedanken über die Zukunft der Studienstiftung des Deutschen Volkes, 22. Mai 1933.
- ²⁰Der Jurist Dahm, Jahrgang (1904-1963) war der Leiter der zentralen Suspensionskommission. Er wurde noch 1933 Professor in Kiel, lehrte ab 1939 in Leipzig, 1941 in Straßburg, 1944 in Berlin. Nach dem Krieg zunächst als Rechtsanwalt tätig, war er ab 1951 als Hochschul-lehrer in Pakistan und kehrte 1955 als Professor für Völkerrecht und Internationales Recht nach Kiel zurück. Die dortige Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät ehrte Dahm 1964 mit einer Feierstunde zu seinem Gedächtnis. Vgl. Georg Dahm. Reden zu seinem Gedächtnis (=Veröffentlichungen der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft, NF 34), Kiel 1964.
- ²¹BArch Koblenz, NL 335/5: Rundschreiben der Studienstiftung an die Mitglieder des Kommissarischen Vorstands des DSW, 11. Juli 1933.
- ²²Von Fritz John ist die bei der Studienstiftung über ihn geführte Akte erhalten (StA Würzburg, RSF I 60 p 575: Akte Fritz John 1930-1933). Darin befinden sich Schreiben der Göttinger Suspensionskommission, die neben Fritz John noch die anderen Namen nennen. Vgl. Rolf-Ulrich Kunze, Der Fall des Studienstiftlers Fritz John, in: Studienstiftung des deutschen Volkes, Jahresbericht 1999, S. 11-29.
- ²³StA Würzburg, RSF I 61 p 237: Schreiben des Führers der Breslauer Studentenschaft Max Ossig an Gerhard Krüger und das DSW, März-Mai 1933.
- ²⁴StA Würzburg, RSF I 60 p 359: Gerhard Krüger an den Kreisleiter Bayern der DSt, 29. Juni 1933.
- ²⁵StA Würzburg, RSF I 60 p 512: Studentenschaft der Universität Greifswald an Karl Blume, 29. Juni 1933.
- ²⁶Josef Sikora gehörte zu der o.g. Gruppe Breslauer Studienstiftler und Studienstiftlerinnen, die seit März 1933 von dem Führer der Breslau-

- er Studentenschaft als „Staatsfeinde“ bei der Studienstiftung und, nachdem man dort zunächst noch unempfänglich dafür war, bei der DSt denunziert wurde. (StA Würzburg, RSF I 61 p 237.) Josef Werth ist zusammen mit Kurt Gerhardt durch die Greifswalder Studentenschaft als „politisch unzuverlässig“ denunziert worden (s. Anm. 25).
- ²⁷Diese Tagung, auf der die ideologischen und rassistischen Auswahlkriterien zur verbindlichen Norm erhoben wurden, fand unter dem Vorsitz des Rektors der Freiburger Universität Martin Heidegger statt.
- ²⁸BArch Koblenz, NL 335/5: Rundschreiben der Studienstiftung an die Mitglieder des Kommissarischen Vorstands des DSW, 11. Juli 1933.
- ²⁹Archiv der Studienstiftung, Bonn: Rundschreiben vom 10. Juli 1933.
- ³⁰StA Würzburg, RSF I 60 p 357/4: Rundschreiben der Studienstiftung an die Mitglieder des Kommissarischen Vorstands, der zentralen Kommission und an die örtlichen Studentenwerke, 28. August 1933.
- ³¹Bernhard Wilms schied kurz darauf auf eigenen Wunsch aus der Studienstiftung aus, offenbar als Reaktion auf die fortschreitende Ideologisierung. (Vgl. StA Würzburg RSF I 60 p 586: Sitzung des Kleinen Ausschusses der Studienstiftung 9./10. Oktober 1933.)
- ³²Toeplitz machte nach 1945 als Jurist in der DDR Karriere. Er war von 1960 bis 1986 Präsident des Obersten Gerichts der DDR. (Vgl. Ute Schneider, Der deutsche Einheitsjurist in der frühen DDR, in: Archiv f. Sozialgeschichte 39, 1999, S. 235-264, S. 250.)
- ³³Otto Reise trat 1931 als Mitarbeiter in die Studienstiftung ein, war 1933 als „1. Referent der Abteilung Studienstiftung“ Brügelmanns Stellvertreter und später, nach dem Umbau der Studienstiftung in die „Reichsförderung“, Mitarbeiter deren Leiters, des Obersturbannführers Gerhard Adam.
- ³⁴Sie wurde 1931 als Referentin eingestellt mit Blick auf den als zu hoch empfundenen Prozentsatz von Frauen in der Studienstiftung. Bis zum Frühjahr 1933 sank der Frauenanteil von 25% auf 15% bei den Neuaufnahmen, was Brügelmann im Mai 1933 insbesondere dem Einfluß von Käte Grunewald zuschrieb, die „in erfreulicher Unabhängigkeit sowohl von frauenrechtlerischen Bestrebungen als auch frei von den unbewußten Hemmungen der männlichen Auslese-Mitarbeiter die scharfen Maßstäbe anlegt, denen die studierende Frau zu unterwerfen ist.“ (Vgl. BArch Koblenz R 149, Nr. 41: Gedanken über die Zukunft der Studienstiftung des Deutschen Volkes, 22. Mai 1933, S. 11.)

Diese Einschätzung findet man auch im Protokoll der Auswahlstiftung vom 9./10. Oktober 1933 bestätigt. (StA Würzburg, RSF I 60 p 586.) Beim Neuanfang 1948 war sie als Mitglied des Auswahlausschusses mit dabei, inzwischen verheiratet mit dem Tübinger Philosophen Wilhelm Weischedel, Vorstandsmitglied bis 1958.

³⁵StA Würzburg RSF I 60 p 586: Sitzung des Kleinen Ausschusses der Studienstiftung 9./10. Oktober 1933.

³⁶Vgl. StA Würzburg, RSF I 60 p 357/4: Rundschreiben Nr. 262/34 des DSW an die Studentenwerke: Entscheidungen des Auswahlausschusses Frühjahr 1934, vom 4. Mai 1934.

³⁷Otto Sickert, Einschüchterung und Denunziation, in: Studienstiftung des deutschen Volkes, Jahresbericht 1990, S. 43-50; Karl Wenner, Der Ausschluß, in: ebd., S. 51-56.

³⁸Viktor von Weizsäcker, Begegnungen und Entscheidungen, Stuttgart 1949, S. 109f.

³⁹Die Mitarbeit in der neuen Studienstiftung 1948 lehnte Brügelmann ab. Nach seinen Erfahrungen 1932-1934 zweifelte er an seiner Eignung für diese Arbeit. Als Verwaltungsfachmann sollte er zusammen mit Heinz Haerten als Pädagogen die Leitung der Studienstiftung übernehmen. Vgl. die Erinnerungen Haertens, in: Die Studienstiftung des deutschen Volkes 1925 bis 1970, unveröffentlichtes Typoskript im Archiv der Studienstiftung, S. 122 u. 148.

III. HAUSHALT